

Europäische Kulturpolitik in Krisenregionen - die Chancen der Kultur

Mader, Katrin

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Mader, K. (2012). *Europäische Kulturpolitik in Krisenregionen - die Chancen der Kultur*. (ifa-Edition Kultur und Außenpolitik). Stuttgart: ifa (Institut für Auslandsbeziehungen). <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-51128-0>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>



ifa-Edition Kultur und Außenpolitik

Europäische Kulturpolitik in Krisenregionen – Die Chancen der Kultur

Katrin Mader

ifa-Edition Kultur und Außenpolitik

**Europäische Kulturpolitik
in Krisenregionen –
Die Chancen der Kultur**

Katrin Mader

Impressum

Die Publikation ist entstanden im Rahmen des ifa-Forschungsprogramms „Kultur und Außenpolitik“ und erscheint in der ifa-Edition Kultur und Außenpolitik.

Herausgeber

Institut für Auslandsbeziehungen e. V. (ifa), Stuttgart

Verfasserin

Katrin Mader

Redaktion und Lektorat

William Billows

Dorothea Grassmann

Satz und Gestaltung

Andreas Mayer, Stuttgart

Bildnachweis (Umschlag):

ifa

Institut für Auslandsbeziehungen e. V.

Charlottenplatz 17

70173 Stuttgart

Postfach 10 24 63

D-70020 Stuttgart

info@ifa.de

www.ifa.de

© ifa 2012

Wo politische Konflikte trennen, kann Kultur einen Raum schaffen für Begegnung, Dialog und Verständigung. Von der Organisation eines Puppentheaters in Afghanistan bis zur Förderung junger Aktivisten in Ägypten – die Mitglieder des Netzwerks Europäischer Kulturinstitute (EUNIC) arbeiten verstärkt in Post-Konflikt-Regionen und Transformationsländern. Dort geht es darum, Kultur- und Bildungsprogramme zu erschließen und zu unterstützen, deren Arbeit zur Stabilisierung des Friedens und zur Konfliktlösung führt sowie die Zivilgesellschaft stärkt.

Die Friedens- und Sicherheitspolitik hat sich in den letzten Jahren zunehmend auf zivilgesellschaftliche Prozesse und deren Bedeutung für die politische Stabilisierung in Krisengebieten konzentriert. Doch bisher kommt es zu selten zur Zusammenarbeit und Kooperation zwischen kulturfördernden Instituten und dem politischen Konfliktmanagement. Liegt dies daran, dass Kultur als wertvolle Komponente innerhalb der Friedens- und Sicherheitspolitik noch nicht anerkannt ist und der Arbeit von Kulturinstituten in diesem Zusammenhang zu wenig zugetraut wird?

Eines ist klar: Um Kultur- und Bildungsarbeit in der Konfliktbearbeitung anwendbar und wirksam zu machen, müssen Kulturinstitute und Kulturnetzwerke wie EUNIC mehr Transparenz in ihrer Arbeit gewährleisten. Sie sollten auch den positiven Effekt von Kulturarbeit zur Krisenbewältigung nachweisen. Nur so kann eine effiziente Zusammenarbeit aller Gruppen, deren Zielsetzung die Lösung kultureller, sozialer und politischer Konflikte und die Friedenssicherung ist, gefördert werden.

Im März 2011 veröffentlichte das Europäische Parlament einen Bericht, in dem kulturelle Arbeit als wichtiger, integraler Bestandteil der europäischen Außenbeziehungen betont wird. Der Bericht trug dazu bei, dass die Rolle und die Wirksamkeit kultureller Initiativen und ihrer Organisationen in punkto Konfliktprävention, Friedenskonsolidierung und demokratischer Transformationen innerhalb der EU stärker anerkannt wurden. In dem Bericht wird zudem dazu aufgerufen, Kultur mehr als bisher in der zivilen Konfliktbearbeitung zu positionieren. Dies wiederum lenkt den Fokus auf eine mögliche Rolle von EUNIC in diesem Zusammenhang.

Das EUNIC-Netzwerk hat sich unter anderem der Entwicklung und Förderung von Ressourcen für kulturelle Initiativen in Staaten des Umbruchs und der Instabilität verschrieben. Durch kulturelle

Arbeit möchte das Netzwerk vermehrt friedensfördernd wirken. Nach wie vor sieht es sich aber mit dem Problem konfrontiert, dass trotz Bemühungen der EU der positive Einfluss von Kultur- und Bildungsarbeit in der Konfliktintervention nicht genügend anerkannt wird und belegbar ist. Hier gilt es, Belege und Argumente zu sammeln und zu veröffentlichen, um nationale sowie auch EU-Politiker von der Notwendigkeit und Wirksamkeit kultureller Arbeit für die Konfliktlösung zu überzeugen.

Vage Formulierungen

Wenn es darum geht, die positiven Auswirkungen von Kultur- und Bildungsarbeit als Mittel der Konfliktlösung nachzuweisen, verlieren sich Kulturinstitute oft in vagen Formulierungen. So resümiert Rainer Nolte, der ehemalige Leiter der Dialogabteilung des Instituts für Auslandsbeziehungen (ifa) in einem Artikel der Zeitschrift „Politik und Kultur“ (2011): „Welche Rolle ästhetische Produktion als Ziel kultureller Programmarbeit in einem systematischen Handlungsrahmen [ziviler Konfliktbearbeitung] einnehmen kann, ist bisher an keinem Beispiel buchstabiert.“

Was fehlt, ist eine übergreifende Strategie zur Darstellung der Effizienz von Kulturarbeit in Friedensprozessen und eine Antwort auf die Frage, inwieweit ein positiver Einfluss der Kulturorganisationen eine Illusion ist oder es tatsächliche Auswirkungen auf die Konfliktbearbeitung gibt. Handelt der Kultursektor aufgrund von konkretem Wissen oder etwa nur aufgrund langjähriger Überzeugungen oder Vermutungen?

Es ist Zeit, die Kluft zwischen Theorie und Praxis zu schließen. Dafür ist es notwendig, einen stärkeren, evidenzbasierten Ansatz für die Bedeutung kultureller Initiativen in fragilen Staaten zu entwickeln.

„Was fehlt, ist eine übergreifende Strategie zur Darstellung der Effizienz von Kulturarbeit in Friedensprozessen und eine Antwort auf die Frage, inwieweit ein positiver Einfluss der Kulturorganisationen eine Illusion ist oder es tatsächliche Auswirkungen auf die Konfliktbearbeitung gibt.“

Die zivile Konfliktbearbeitung hat indes in den letzten Jahren Fortschritte bei der Nachweisbarkeit ihrer Erfolge gemacht. Ein Austausch von Wissen könnte ein erster Ansatzpunkt sein, um die Leistungen der kulturellen Initiativen in der Friedensförderung zu messen.

Die Ursachen von globalen Konflikten haben sich in den letzten Jahrzehnten verändert – von einem bipolaren Zusammenprall verschiedener Ideologien während des Kalten Krieges zu einer Vielzahl von kleineren intra- und zwischenstaatlichen Konflikten heute, die durch schwindende natürliche Ressourcen bis hin zu kulturellen, religiösen und ethnischen Unterschieden verursacht werden.

Friedensarbeit als solche war zunächst einmal ein politisches, wirtschaftliches und sicherheitspolitisches Unterfangen. Seit den neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts richtet sich der Schwerpunkt allerdings zunehmend auf Krisenprävention und Friedenskonsolidierung als Möglichkeit, Kriege zu vermeiden und Gewalt zu deeskalieren. Und somit nachhaltig die Ursachen und Folgen von Konflikten zu bewältigen. Krisen- und Konfliktarbeit konzentriert sich dabei zunehmend auf langfristige Projekte, die zu nachhaltigen Friedensprozessen führen.

Zurzeit sind die meisten Maßnahmen der EU weiterhin auf die Verbesserung der staatlichen Organe, wie Polizei oder bürokratische Infrastruktur, beschränkt. Jedoch hat die EU in den letzten Jahren damit begonnen, verstärkt ihr Augenmerk auf Friedenssicherung und Konfliktprävention zu richten. Im Jahr 2007 schuf die EU das Instrument für Stabilität (IfS) – ein Fond, der der Unterstützung einschlägiger Unternehmen oder Dienstleistungen dient, die zur Prävention und Konfliktdeeskalierung in Krisengebieten beitragen. Dort setzt auch das anerkannte Konzept der „Soft Power“ an, nämlich durch Einfluss, Überzeugungskraft und Konsensbildung Veränderungen in anderen Ländern

zu erzielen und auch konfliktlösend zu intervenieren. Hier sollten auch europäische Kulturinstitute ihren Ansatz weiter ausbilden.

In Deutschland hat dieser Prozess bereits relativ früh angefangen. Das vor zwölf Jahren von der Regierung herausgegebene Strategiepapier „Konzeption 2000“ betont, dass Auswärtige Kulturpolitik integraler Bestandteil der Außenpolitik ist. Auswärtige Kulturpolitik vertritt dabei die allgemeinen Ziele und Interessen der deutschen Außenpolitik und soll darauf ausgerichtet sein, Frieden zu stabilisieren, Konflikte zu lösen und positiven Einfluss auf die Einhaltung der Menschenrechte auszuüben. Dies kann sowohl durch die Unterstützung lokaler Kultureinrichtungen als auch durch Öffentlichkeitsarbeit und Aufklärungsarbeit geschehen.

Ein kürzlich veröffentlichter Bericht des britischen Foreign Commonwealth Office „Building Stability Overseas“ (2011) stellt fest, dass „Soft Power“ eine bedeutende Rolle bei der Unterstützung von stabilitätsbildenden Bemühungen spielt. Hier gewinnt die Arbeit des British Council an Bedeutung, dessen Aufgabe es ist, Transparenz und Akzeptanz unterschiedlicher kultureller Wertesysteme zu schaffen und damit gegenseitiges Verständnis aufzubauen. Auch der Stabilitätspakt für Afghanistan, der als eines seiner Ziele Identitätsbildung durch kulturelle Aktivitäten definiert, bietet eine Plattform um ausländischer Kulturinstitute zu beteiligen.

Klare Richtlinien und Verantwortungen

Die neuen Aufgaben für die Auswärtige Kulturpolitik wurden dabei von Hans-Georg Knopp, dem Generalsekretär des Goethe-Instituts, auf einer im Dezember 2009 stattfindenden Konferenz in Tokio artikuliert. „Kultur (...) hilft, die traumatischen Folgen von Konflikten zu überwinden und neue Ideen zur Förderung der gesellschaftlichen Zusammenarbeit und einer Existenz in Frieden und Sicherheit zu schaffen.“

Das EUNIC-Netzwerk kann eine wesentliche Rolle bei der Entwicklung eines gemeinsamen Handlungsrahmens für die Beteiligung der Kulturinstitute in der Konfliktprävention und Friedensförderung spielen. Einzelne Kulturinstitute sind bereits mit vielen Programmen in Konfliktregionen tätig. Daher kann nur ein koordiniertes Vorgehen und die Zusammenführung von Wissen und Erfahrung aus früheren Projekten eine effektive Nutzung von Ressourcen und Kompetenzen garantieren. Fragmentierte nationale Kulturpolitik sollte integriert werden in eine europäische Strategie, die konkrete, klare Richtlinien und Verantwortungen beschreibt. Einzelne Projekte können so verbessert und effizienter agieren.

Eine mögliche Maßnahme wäre die Entwicklung eines gemeinsamen europäischen Aktionsplans nach dem Vorbild der „Konzeption 2000“. Ein weiterer Ansatzpunkt könnte auch eine Inventur und Zusammenstellung von Best-Practice-Projekten sein, die erfolgreich durch das Medium Kultur zur Konfliktbewältigung beigetragen haben. Von den Erfahrungen, die allen Akteuren gebündelt zur Verfügung gestellt werden, könnten alle zukünftigen Projekte profitieren.

Auf die Koordinierung kommt es an. Die Vielzahl von staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren in der zivilen Konfliktbearbeitung, die in

„Fragmentierte nationale Kulturpolitik sollte integriert werden in eine europäische Strategie, die konkrete, klare Richtlinien und Verantwortungen beschreibt.“

Konkurrenz um finanzielle Ressourcen stehen und wenig kooperieren, sind ein weiteres Hindernis für die Akteure der Kulturarbeit. Notwendig ist es, dass die Kultureinrichtungen sich einen gemeinsamen nationalen und europäischen Handlungsrahmen erschließen, der eine klare Position für deren Integration in ein kohärentes System der zivilen Konfliktarbeit definiert. Projekte müssen konzeptionell angepasst werden und konkrete Ziele benennen, die durch sie erreicht werden sollen – dies trägt wesentlich dazu bei, glaubwürdiger Partner zu werden.

Unabdingbar ist es, dass Parameter und Standards festgelegt werden, die den Erfolg und den positiven Einfluss kultureller Einrichtungen in der Konfliktbewältigung deutlich werden lassen, auch wenn sich sichtbare Veränderungen oft erst Generationen später feststellen lassen.

Und in der Tat: Wie kann man nachweisen, ob ein Puppentheaterspiel zur Förderung von Toleranz und gegenseitiger Akzeptanz in Afghanistan ein Kind hindern wird, in Zukunft zur Waffe zu greifen? Wie Jochen Hippler, praktizierender Friedens- und Konfliktpartei kürzlich auf einer ifa-Konferenz betonte: „Wenn Sicherheit und Entwicklungszusammenarbeit den Frieden nicht durchsetzen können, sollten wir realistisch genug sein, um zu sehen, dass die Künstler dies nicht unbedingt leisten können“. Oder wie Fareed C. Majari, Direktor des Goethe-Instituts in Ramallah, auf der 2009 in Tokio stattfindenden Konferenz sagte: „Möchten Sie einen Einbrecher, der gerade zu Ihnen nach Hause kommt und eine Waffe auf Sie richtet, während er Ihr Eigentum stiehlt, einladen ein Lied mit Ihnen zu singen?“

Klar ist: Mit Kultur kann man Konflikte nicht lösen. Kultur kann aber positiv zu den Friedensprozessen beitragen. Jochen Hippler verweist auf den Umstand, dass kultureller Dialog und das Zusammenbringen von Menschen nicht immer positiv ist. So wurden zum Beispiel nach der Iran-Konferenz

der Heinrich Böll Stiftung im Jahr 2000 viele iranische Teilnehmer zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt. Ein Dialogprozess müsse daher zum angebrachten Zeitpunkt stattfinden und sorgfältig beobachtet und geplant werden. Es müsse deutlich werden, was mit Programmen erreicht werde und wie wirksam diese seien. Nur so könnten Künstler und Kulturaustausch einen wertvollen Beitrag leisten.

Ein Problem ist auch die Finanzierung von Projekten. Dürftige Budgets und sich mit potentiellen Geldgebern auseinanderzusetzen werden von den Kultureinrichtungen oft als hemmend empfunden. Doch zwingt dies dazu, langfristige Ziele zu formulieren und Verfahren zur Evaluation zu entwickeln, die eine Auswertung der Arbeit ermöglichen.

Friedensbildende Organisationen stehen vor ähnlichen Herausforderungen, mit ähnlichen Fragestellungen. „Wie können wir wissen, wann ein friedensförderndes Projekt tatsächlich Frieden aufgebaut hat? Welche Indikatoren drücken dies aus? Welche Evaluationsinstrumente sind nützlich bei der Beurteilung der Friedensförderung, die ein Projekt bewirkt?“, fragt Ken Menkhaus in seiner Publikation „Impact Assessment in Post-Conflict Peace Building“ (2004) für die Schweizer Organisation Interpeace. Peace-Building-Organisationen haben jedoch bisher viel mehr Zeit und Aufwand in die Analyse und Bewertung ihrer Arbeit und die Suche nach Antworten investiert, um diese entscheidenden Fragen zu beantworten.

Raj Isar, ein unabhängiger Kulturexperte und Wissenschaftler, argumentiert, dass etablierte Bewertungsinstrumente im Bereich der Kulturarbeit in Konfliktsituationen nützlich sein könnten. Sein Papier „Artistic activism in situations of extrem conflict—the challenge of evaluation“ macht deutlich, wie Methoden aus dem Bereich der humanitären Hilfe auch auf die Wirksamkeit der Kulturprojekte übertragbar sind. Anerkannte Konzepte, wie „Peace Impact Assessment“, „Do No Harm“

oder „Conflict Sensitivity Approach“ sollten dabei für die Ausgewogenheit bei der Entwicklung von Kriterien und Indikatoren für die Wirksamkeitsanalyse und Konzeption von Projekten in Betracht gezogen werden. Die amerikanische Organisation „Search for Common Ground“ etwa hat ein Trainings-Handbuch „Participatory Theatre“ zusammengestellt und dabei eindeutige Richtlinien herausgearbeitet, wie ein Theaterspiel sich in einem Konflikt auswirken kann.

Angesichts der Komplexität von Konfliktbearbeitung gibt es einen Bedarf, Wissen zwischen den Disziplinen auszutauschen, um die Kapazitäten zu erhöhen, Schwächen zu überwinden und Stärken zu nutzen. Die ifa- und EUNIC-Fachkonferenz zum Thema „Kultur und Konflikt“ in Brüssel im Dezember 2011 brachte Experten der kulturellen Beziehungen, des Konfliktmanagements und EU-Außen- und -Sicherheitspolitiker zusammen, um Wissen auszutauschen und aus den Erfahrungen aller neue Erkenntnisse zu gewinnen. Die „Follow-up-Initiative“ einer Kultur und Konflikt-Arbeitsgruppe, geleitet von zivik, das ifa-Förderprogramm für zivile Konfliktbearbeitung, könnte ein weiterer Ausgangspunkt sein.

„Wie kann man nachweisen, ob ein Puppentheaterspiel zur Förderung von Toleranz und gegenseitiger Akzeptanz in Afghanistan ein Kind hindern wird, in Zukunft zur Waffe zu greifen?“

Schlussfolgerungen

Abschließend sind folgende Schlussfolgerungen zu ziehen:

- Die Entstehung der zivilen Konfliktprävention und Friedenskonsolidierung hat neue Chancen für die europäischen Kulturinstitute geöffnet.
- Europäische Kulturinstitute können Friedensprozesse in Krisenregionen beeinflussen.
- Hierfür muss jedoch eine einheitliche Strategie entwickelt werden.
- Institute müssen einschätzen können, welche Ziele realisierbar sind und welche Risiken ihre Projekte bergen.
- Der Austausch mit etablierten zivilen Konfliktbearbeitungsorganisationen über die Evaluierung von Auswirkungen, Erfolg und Wirksamkeit können diesen Prozess vereinfachen.
- Eine Aufstellung von Best-Practice-Fallstudien erfolgreicher Programme und eine Erschließung von möglichen Methoden für die Bewertung der Wirksamkeit von kultureller Programmarbeit könnte ein Ausgangspunkt sein.
- EUNIC kann eine wichtige Rolle in diesem Prozess spielen. Als eine netzwerkbasierte Organisation bietet sie eine Plattform des Erfahrungsaustauschs und die Möglichkeit für den Aufbau strategischer Partnerschaften mit Experten außerhalb des kulturellen Sektors.

ZUR AUTORIN

Katrin Mader war von Juli bis Dezember 2011 Stipendiatin im Forschungsprogramm „Kultur und Außenpolitik“ des Instituts für Auslandsbeziehungen. Davor arbeitete sie im Themenbereich Kultur und Konflikt unter anderem für das UNESCO-Büro in Kathmandu (Nepal) und Hanoi (Vietnam). Sie ist für das in London angesiedelte Projekt „Culture and Conflict“ tätig.

Kontakt: katrin.mader@gmail.com

ifa



Institut für
Auslandsbeziehungen e. V.

Charlottenplatz 17

Postfach 10 24 63

D-70173 Stuttgart

D-70020 Stuttgart

Tel. +49/711 2225-0

Fax +49/711 2 26 43 46

www.ifa.de

info@ifa.de

